Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.50 RM., in den Ausgabestellen des Landbezirkes 1.60 RM., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.65 RM., bei Zutragung im Landgebiet 1.80 RM. Einzelnummern 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 32201. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 36 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 30 Goldpfennig, für die 78 mm breite Zeile im Redaktionsteil 60 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Sätze und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle Grundpreisgewährung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert in Frankenberg

№ 300 — Dienstag den 27. Dezember 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Der Weltumsegler Kircheis ist am 1. Feiertag in Cuxhaven eingetroffen und feierlich begrüßt worden.

Rhein und Mosel sind durch die Schneeschmelze weiter gestiegen.

In Paris wurde gestern der Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs eröffnet.

In einem Pariser Blatt wird der Abschiedsbrief des ehemaligen sowjet-russischen Volkskommissars Joffe an Trotzki veröffentlicht, in dem er gegen die Parteimehrheit heftige Angriffe richtet.

Die französische Kammer hat das Budget für 1928 angenommen.

In Madrid ist ein spanisch-russischer Oelvertrag unterzeichnet worden.

Aus Südslawien wird Hochwasser gemeldet.

Bei einem Brande in Rostock sind zwei Personen ums Leben gekommen.

In Rom ist gestern ein leichtes Erdbeben verspürt worden.

Zu blutigen Zusammenstößen kam es am Weihnachtstage in Südpittsburg (U. S. A.), bei denen 6 Personen getötet und 20 verwundet wurden.

Der ehemalige russische Außenminister Sasonow ist vorgestern im Alter von 67 Jahren in Nizza gestorben.

In Tientsin hat sich eine Riesenexplosion ereignet, bei der das chinesische Depot der Standard Oil Company in die Luft geflogen ist.

Zwischen den Festen

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 27. Dezember.

Heiliger Friede, süße Eintracht, weilet, weilet freundlich über dieser Stadt. Der Reichstag ist in den Ferien, der Landtag ist in den Ferien, die Minister sind auf Urlaub, die Staatssekretäre haben ihre Zimmer abgeschlossen, und wenn man nach einem der nachgeordneten Geister fragt, bekommt man die Antwort, daß der Herr erst im neuen Jahre wieder zu besichtigen wäre. Die Weltgelaufene Maschine der Politik gönnt sich ein paar Ruhetage. Und ihre Galeerensklaven, die sonst mit bis zum Bersten gespannten Armmuskeln das Staatsschiffchen zwischen Scylla und Charybdis hindurchzurudern haben, widmen sich dem trauten Familienleben oder sind mit Ski in die Berge gefahren, um Schneetouren zu unternehmen, vorausgesetzt, daß da noch welcher liegt und er sich nicht auch bereits in den matschigen Brei verwandelt hat, der Berlins Straßen verschönt. Es gibt Herren, die geschworen haben, diese Woche über in keine Zeitung zu sehen und diesen Eid um so sicherer leisten konnten, als sie genau wußten, daß sich hierzulande zwischen Weihnachten und Neujahr nichts zu ereignen pflegt. So kann man also aus der Perspektive behaglich etwas orakeln, über das Reichsschulgesetz und das italienische Bündnisangebot an Frankreich, den Reichshaushaltsplan und die Neuwahlen. Weitab vom Schuß ist gut prophezeien. Unter dem beruhigenden Einfluß des Weihnachtsfestes sieht man alles rosig, glaubt das Zentrum das Schulgesetz unverändert unter Dach und Fach, und die Demokraten sehen es natürlich mit ebensolcher Sicherheit im Orkus verschwinden, die Sozialdemokraten träumen von gewonnenen Reichstagssitzen und von Abstrichen am Wehretat. Solche Gedanken kosten nichts und machen Freude. Dem kühnsten Traum aber haben sich doch unsere Völkischen hingegeben, die demnächst ihren „Völkisch-nationalen Block" aus der Taufe heben wollen. Am Sonntag, den 29. Januar, steigt die Gründungsfeier. Man ist allgemein schon riesig gespannt, was dabei herauskommen und welcher Bund mitmachen wird. Wen sie zum Führer küren, ob Ludendorff mit von der Partei ist, ob sich Kunze anschließt, kurz, was da alles unter einen Hut gebracht werden soll, das wird voraussichtlich das erste Ereignis des neuen Jahres sein, wenn ihm auch politisch kaum große Bedeutung zuzumessen ist. Sonst wird der Januar voraussichtlich sehr friedlich werden. Im vorigen Jahre war es noch ein anderes Leben, als während der Regierungskrise alle Parlamentsjournalisten vier Wochen lang im hohen Reichstag kampierten und ein Tag immer demonierte, was die Verhandlungen des Vortages ergeben hatten. So etwas steht für dieses Mal nicht in Aussicht. Seit langer Zeit zum ersten Mal hat es keine Weihnachtskrise gegeben, und man kann ganz friedlich Silvester feiern, ohne bei jedem Bowlenschluck an die Möglichkeiten der „großen Koalition", „Bürgerblock", „Regierung der Mitte mit Bindung nach links", und wie die abgeleierten Schlager heißen, in denen unsere Regierungsweisheit sich erschöpft, denken zu müssen. Entspannten Sinnes ist alles fortgefahren, verödet liegt die Wilhelmstraße, und nur die Scheuerfrauen rutschen mit ihren Aufwischlappen auf den Korridoren herum, auf denen sonst Ministerialdirektoren und Geheimräte, die Aktentaschen unter dem Arm, zum Vortrag beim Minister oder Staatssekretär eilen. Der Berliner Volkswitz aber memoriert das nette Verschen, das ihm vor geraumer Zeit ein ironisch veranlagter Zeitgenosse beschert hat, und das jeder — je nach der Parteirichtung — auf die preußischen oder auf die Reichsminister, oder auf alle beide anwenden kann:

„Verwaist sind alle Ministerien,
Die Wilhelmstraße ausgestorben;
O segensreiche Weihnachtsferien!
Acht Tage lang wird nichts verdorben!"

Die Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform

Die Vorstufe einer allgemeinen deutschen Verwaltungsreform

Die seit langem erwartete Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform ist nunmehr dem Landtag zugegangen. Bereits in der Einleitung erklärt der Verfasser, der Präsident des Sächsischen Staatsrechnungshofes, Schiek, die Staatsregierung möge unverzüglich beschließen, daß bis auf weiteres neue Beamtenstellen nicht geschaffen und

neue Bewerbenanwärter nicht eingestellt werden dürfen.

Die sächsische Verwaltungsreform könne nur die Vorstufe einer allgemeinen deutschen Verwaltungsreform sein, aber für die Länder sei es finanziell nicht tragbar, auf die Reichsreform zu warten. Die Denkschrift gibt dann eine Darstellung der finanziellen Lage des Freistaates Sachsen, weist auf

die Aufblähung des öffentlichen Verwaltungsapparates

hin und fordert die Neuabgrenzung der Verwaltungsbezirke. Das Ziel der Verwaltungsreform müsse in erster Linie eine nach Innen und Außen möglichst einfache und übersichtliche Behördenorganisation sein, die mit geringsten Mitteln größten Nutzen erreiche. Die verminderte finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates erfordere Zusammenfassung zusammengehöriger Staatsaufgaben bei einer Behörde, Vereinfachung des Rechtsmittelzuges, Reform des Bürobetriebes und des Beschaffungswesens. Zur Erreichung dieses Zieles würden

außergewöhnliche Vollmachten nicht zu entbehren sein.

Ueber die Verringerung der Beamtenzahl wird gesagt, daß nur eine planmäßige Vereinfachung des Behördlichenaufbaues, sowie der Abbau von Staatsaufgaben zum Ziele führen können, denn die Erfahrung mit dem Personalabbau hätte, gezeigt, daß mit schematischer Herabsetzung der Beamtenzahl eine Ausgabenverminderung nur in den seltensten Fällen erreicht werden könne.

Die Verleihung der Beamteneigenschaft, werde allgemein einzuschränken sein.

Der Grundsatz: Wenige, aber gute und dann auch gutbezahlte Beamte! müsse auch die Verwaltungsreform leiten. Wie im Reiche, sei auch eine Kodifikation des Sächsischen Rechtes notwendig. Die Denkschrift gibt dann im einzelnen Vorschläge zur Vereinfachung des Behördenaufbaues.

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium werde aufzulösen sein,

auch auf das Wirtschaftsministerium werde verzichtet werden können. Arbeits- und Wirtschaftssachen seien im Innenministerium, wie auch die Wohlfahrtssache dort zusammenzufassen. Als weitere Ersparnis wird die Uebernahme eines weiteren Ministeriums neben dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten durch den Ministerpräsidenten empfohlen. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte, von denen die Ministerien tunlichst freizuhalten seien, seien der unteren Instanz zu überlassen. Die Rechnungsämter bei den Ministerien und der Staatspolizeiverwaltung seien aufzulösen, die Straßen- und Wasserbauämter, sowie die Landbauämter in die Amtshauptmannschaften einzugliedern.

Die Denkschrift geht dann im einzelnen auf die Verteilung der Arbeiten auf die einzelnen Ministerien ein und weist Wege für die Durchführung der Büroreform. Zum Schlusse wird betont, daß trotz aller Verwaltungsreformen die Staatswirtschaft nicht gesunden könne, wenn der Geist der Sparsamkeit nicht auch die politischen Entschließungen der Parlamente bestimme. „Keine Ausgabe ohne Deckung" sei unerläßliche Forderung.

Gegen Poincarés Milliardentaumel

Paris, 27. 12. (Funkspruch.) Die „Volonté" setzt ihre Aufklärung über die Unhaltbarkeit der Behauptung Poincarés fort, daß Deutschland nach wie vor 132 Milliarden Goldmark schulde und der Dawesplan an den alliierten Forderungen nichts geändert habe. Theoretisch möge das wohl stimmen, aber praktisch sei es ein Unding, denn kein vernünftiger Mensch könne glauben, daß Deutschland mehr als ein Viertel der ursprünglichen Summe bezahlen werde. Wie wenig Franzosen anderer Meinung seien, beweise die große Ueberraschung, die sich allgemein nach der Veröffentlichung der Erklärungen Poincarés in der Oeffentlichkeit zeigte. Die Wahrheit sei eben, daß Frankreich auf die Gesamtsumme von 132 Milliarden verzichtete, als es den Dawesplan unterzeichnete. Wenn Frankreich trotz des Widerstandes der Vereinigten Staaten das alliierte Schuldenproblem mit der Frage einer Revision des Dawesplanes verbinde, so müßte es viel weiter gehen und z. B. die Frage einer schnellen Kommerzialisierung der Dawesobligation im Zusammenhang mit den alliierten Schulden in Betracht ziehen, was aber ohne eine Verminderung der deutschen Reparationsschuld nicht zu erreichen sein dürfte. Man sei wohl noch nicht so weit, aber auf keinen Fall sollte man es versuchen, bereits in den Archiven verstaubte Akten hervorzuziehen, an deren Wirksamkeit niemand mehr glaube.

Das tschechische Heer

Unterredung mit dem Kriegsminister

Prag, 27. 12. Der Minister für nationale Verteidigung, Udrzal, gab Pressevertretern ein Interview, in dem er sich über militärische Angelegenheiten der Tschechoslowakei äußerte. Unter anderem erklärte er, es bereite dem Ministerium die Frage der länger dienenden Unteroffiziere Schwierigkeiten. Wenn es nicht gelänge, das Tempo der Anmeldung zu beschleunigen, so würde es nicht möglich sein, im nächsten Jahre die vierzehnmonatige Dienstpflicht einzuführen; man müsse dann abermals auf der Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate bestehen. Aus Ersparungsgründen, so erklärte der Minister, würden die viermöchentlichen Militärübungen auf dreiwöchentliche herabgesetzt. Das Problem der vormilitärischen Erziehung sei sehr schwer; er glaube, daß die Regelung dieser Frage durch das Kultusministerium geschehen müsse. Die Errichtung einer Artillerieschießstätte im Brdy-Wald sei nicht nur aus strategischen, sondern aus Ersparungsgründen gerechtfertigt, weil die Verlegung von Batterien in die Slowakei zu viel Geld koste. Bezüglich des Gajdakfalles erklärte der Minister, daß sein Ressort habe schwere Kämpfe mit den Parlamentariern führen müssen, die ihm jetzt den Vorwurf machten, daß man mit der Angelegenheit nicht fertig werden könne. Uebrigens werde in den nächsten Tagen ein Bericht hierüber erscheinen. Die tschechoslowakische Waffenfabrik produziere genug, um auch exportieren zu können, bei der Flugzeugfabrik geschehe dies schon jetzt, ebenso bei der Brünner Waffenfabrik und bei Skoda.

Haussuchung bei den elsässischen Autonomisten

Paris, 26. 12. Ueber die im Laufe des Sonnabends vorgenommene Haussuchung bei zahlreichen Anhängern der Unabhängigkeitspartei in ganz Elsaß-Lothringen berichtet der „Temps", daß die Haussuchungen zu der gleichen Stunde um 8 Uhr morgens in Kolmar, Mühlhausen, Ensigheim, Straßburg, Hagenau, Metz und so weiter durchgeführt worden sind. Aus zahlreichen beschlagnahmten Schriftstücken soll, wie es heißt, nunmehr einwandfrei bewiesen sein, daß die Druckerei Erwina und die Straßburger Volksstimme vom Ausland unterstützt wurden. Aus den Ausführungen des „Temps" geht nicht deutlich hervor, ob unter der Anspielung „Ausland" Deutschland oder Rußland zu verstehen ist. In Straßburg soll in der Wohnung eines Druckereiarbeiters ein Mobilisierungsplan von 200 Autonomisten vorgefunden worden sein. Bei Abbé Pink in Straßburg habe man das Konzept einer langen Denkschrift an den Papst, in der der Abbé den Papst bittet, sich für die Unabhängigkeitsbewegung in Elsaß-Lothringen einzusetzen, gefunden. Ueber die Beziehungen der Autonomisten zu den Kommunisten sollen die beschlagnahmten Schriftstücke nur wenig ergeben haben. Jedoch soll aus in Metz beschlagnahmten Akten klar hervorgehen, daß zwischen den dortigen französischen Kommunisten und der Kommunistischen Partei Rußlands enge Beziehungen bestanden.

Die Gründe für Joffes Selbstmord

Paris, 26. 12. „Bulletin Communiste", das in Paris erscheint und die Auffassung der russischen Opposition vertritt, veröffentlicht einen langen Brief des durch Selbstmord geendeten russischen Parteiführers Joffe, den dieser kurz vor seinem Tode an Trotzki gerichtet hat. In diesem Brief, der niemals Trotzki erreicht hat, da er von der G.P.U. beschlagnahmt wurde, erklärt Joffe, wegen seiner Krankheit und hauptsächlich wegen seiner Kaltstellung aus dem Leben scheiden zu wollen. Die Wühlarbeit gegen die Opposition, der auch er angehörte, sei so weit gegangen, daß ihm jede ärztliche Hilfe und Medikamente auf Staatskosten verweigert worden seien. Er selbst habe nicht die nötigen Mittel, um sich zur Pflege ins Ausland zu begeben. Er zöge es daher vor, aus dem Leben zu scheiden, obwohl er Gelegenheit gehabt habe, sich durch Veröffentlichung seiner Erinnerung bei ausländischen Verlagen Geld zu verschaffen. Hiervon habe er abgesehen, da er mit der Parteileitung nicht in Gegensatz habe geraten wollen. Sodann wendet sich Joffe an Trotzki persönlich. Er bezeichnet eine Lage als unerträglich, in der die russische kommunistische Partei stillschweigend den Ausschluß Trotzkis aus den Reihen ihrer Führer duldet. Er sei überzeugt, daß früher oder später in der Partei eine Krise ausbrechen werde, die sich gegen die jetzigen Machthaber richten werde. In diesem Sinne sei sein Tod als ein Protest gegen jene zu betrachten, die die Partei in eine Lage gebracht hätten, in der sie nichts gegen die Ausschaltung Trotzkis und seiner Anhänger tun könne. Zum Schluß wirft Joffe Trotzki vor, zu oft im Interesse einer Verständigung einem Kompromiß zugestimmt zu haben, obwohl er — Trotzki — immer Recht gehabt hätte, was selbst Lenin zugegeben habe. Er, Joffe, sei überzeugt, daß Trotzki erneut zur Macht gelangen werde.

Sasonow gestorben

Paris, 26. 12. Wie aus Nizza gemeldet wird, ist der frühere russische Außenminister Sergius Sasonow in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gestorben. Seine Beerdigung fand heute vormittag von der russischen Kirche in Nizza aus statt. Sasonow hinterläßt eine Witwe und eine Schwester, die mit dem ermordeten russischen Ministerpräsidenten Stolypin verheiratet war.

Anerkennung des Deutschen Hygiene-Museums im Ausland

Als ein Zeichen der Entwicklung des Deutschen Hygiene-Museums zu einem Welt-Institut für Volksgesundheitspflege ist das stets zunehmende Interesse des europäischen und überseeischen Aus-